

Bezugspreis:

Spezialpreis: 20.- Mtl., monatlich 1.00.- Mtl. ...

Telegraphische Adressen:

„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: S.W. 68, Lindenstr. 3

Mittwoch, den 19. Januar 1921

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., S.W. 68, Lindenstr. 3

Pirschbüchsen der Gegenrevolution.

Ueber umfangreiche Waffenschreibungen in Erfurt wurde vor kurzem berichtet.

Aus Erfurt erhalten wir nun zu der Angelegenheit weitere sehr interessante Einzelheiten:

Der verhaftete Waffenmeister Keil machte bei seiner Vernehmung folgende Angaben: Durch den Fahrradhändler Arnold, Menzarthstraße in Erfurt, lernte er vor etwa neun Monaten den Hauptmann v. Frankenberg kennen.

Frankenberg erzählte dem Keil von „kommunistischen Aufstandsplänen“ in Thüringen, von welchen er durch Spitzel Kenntnis erhalten habe.

Von der bestellten Munition waren 80 000 Patronen durch die Firma Gustav Genschow u. Co. in Durlach inzwischen bereits geliefert und bei der Firma Haupt-Erfurt, Johannesstr. 159, gelagert worden.

Abgefaßt wurde Keil beim Abschluß des Schiebergeschäfts mit der Reichstreuhandgesellschaft, die für Frankenberg 25 000 Gewehrteile und 100 000 Patronen lieferte.

Hauptmann Frankenberg wohnte in Erfurt, Pension Wanne, Burgstr. 8. Als die Feindnahmen und Untersuchungen begannen, ist der tapfere Hauptmann ausgerissen und versuchte, seine in der Eile vergessenen Papiere durch die Frau eines Besinnungsgenossen, des Hauptmanns Hirtz, Nonnenrainstraße 70, aus seiner Wohnung verschwinden zu lassen.

Aus den vorgefundenen Papieren geht hervor, daß Frankenberg in Verbindung mit dem Kaufmann Grauert-Erfurt, Straßburger Str. 92, stand, welcher von Frankenberg mit der Beschaffung von folgenden militärischen Ausstattungsgegenständen beauftragt wurde: 5 000 Militärlochgeschirre, 5 000 Brotbeutel, 2 000 Feldflaschen, 15 große Feldkuchen, 1 komplette Großfrankenstation, 100 000 Meter Feldtadel (beim Eingreifen der Behörden bereits geliefert), 15 komplette Fernsprechstationen, 5 Blitzgeräte, 3 Sanitätswagen, Sanitätsmaterial für 2 000 Mann, 4 Fernsprechemittlungschränke usw.

Hauptmann v. Frankenberg war bis zum Herbst 1920 in der Eipo von Sachsen. Unter seinen beschlagnahmten Papieren befanden sich Verteilungspläne für die

Waffen. Unter „Verteiler a“ sind folgende Namen angeführt: Hauptmann Anger-Erfurt, Dalbergsweg 1, Fabrikant Bahn-Erfurt, Goethestr. 39, Major Breithaupt-Hochheim, Gyralfstr. 24, Gärtnerbesitzer Bekalla-Hochheim, Gutsbesitzer Crinig-Trebra (Nordhausen), Lehrer Enike-Weihensee, v. Fallenhagen-Bornhagen, Gutsbesitzer Gräfe-Walsleben, Kreiswegemeister Hammes-Weihenborn-Löderode, Rittergutsbesitzer v. Hauke-Heiligenstadt, v. Marschall-Bollstedt, Kreisrat Mayer-Worbis, Major Prigge-Saalfeld, Rittergutsbesitzer Römer-Biedungen, v. Seesbach-Cammerhorst, v. Strauß-Raumburg, Burgstr. 40, Technische Rathilfe-Erfurt, Lehrer Waldhelm-Schwerstedt, Rechtsanwalt Wernik-Eisenach, Major Wagner-Erfurt, Herderstr. 28, Ziegenfuß-Dingelstedt, Rittergutsbesitzer v. Goldacker-Weberstedt, Freiherr v. Wangenheim-Erfurt, Loffiusstr. 1, Oberamtmann Lorenz-Weihenborn, Rittergutsbesitzer Balzer-Silkerode, Baron Freiherr v. Binnigerode-Silkerode, Landwirt Bause-Hofungen, Ingenieur Went-Großengottern, Kaufmann Had-Erfurt, Landwirt Bause-Jützenbach (Südharz).

Hauptmann v. Frankenberg ist für den Staatsanwalt selbstverständlich unauffindbar; wahrscheinlich hat er längst das für Leute seines Schlages gelobte Land der Eberiche erreicht. Immerhin zeigt das Beispiel der Thüringer Waffenschreibung, daß die Rechts-bolschewisten sich zu helfen wissen, selbst wenn die von der Entente geforderte Abgabe der Militärwaffen auch von den Organeln durchgeführt werden muß.

Wertwürdig ist aber auch, daß die „radikalen“ Arbeiter der Thüringer Waffenfabriken, die unter der „revolutionären“ Führung der Gothaer Kommunisten stehen, die Kontrollrechte, die ihnen das Betriebsrätegesetz gibt, nicht einmal dann auszunutzen verstehen, wenn es gilt, die Produktion von Waffen zu verhüten, die gegen sie selbst losgehen sollen. Die Schreier unter den Kommunisten wissen doch sonst immer Wunderdinge zu erzählen, die durch eine „revolutionäre“ Betriebskontrolle zu erzielen seien.

Den unfähigen Pfaffenhelden und den nach dem Bürgerkrieg lüsternden Orgeschiten wird gründlich das Handwerk gelegt werden können, wenn alle Arbeiter und alle preussischen Frauen und Männer am 20. Februar den Stimmzettel der Sozialdemokratie in die Urne legen.

den Kreis der Beratungen gezogen würden. Es könnte sein, daß man sich auch mit der Gefahr beschäftigen werde, die durch einen Zusammenbruch Deutschösterreichs entstehen könnte.

Abbruch deutsch-belgischer Verhandlungen?

Brüssel, 19. Januar. (Holländisch Neuwsbureau.) Die deutschen Delegierten, die über den Rückkauf der in Belgien gelassenen Milliarden Mark verhandeln sollten, sind gestern nachmittag 5 Uhr abgereist, ohne daß vorher eine Entscheidung getroffen wurde.

Der Krieg gegen Sinn-Fein.

London, 19. Januar. (D.) Englische Truppen haben einen großen Teil der Stadt Dublin besetzt. Die Einwohner der oberen Stadtwerke erhielten 20 Minuten Zeit, um ihre Wohnungen zu verlassen. In den Fenstern wurden sofort Maschinengewehre untergebracht, die das ganze Stadtviertel beherrschen.

Unbequeme Diktatur.

Alga, 19. Januar. (D.) Der Konflikt zwischen dem Moskauer Sowjet und dem Sowjet in Konstant hat sich zuspitzen. Trotz antwortete dem Konstantiner Rat, daß man sich in Konstant nicht von einem Schwarm Trunkenbolden deren Willen diktieren lassen mag.

Nichts erreicht?

Von Konrad Haenisch.

Im Anschluß an das im Leitertitel des „Vorwärts“ vom 16. d. M. Dargelegte führe ich hier die knappe Aneinanderreihung von einigen immerhin nicht unwesentlichen Fortschritten in der preussischen Kulturpolitik zu Ende.

Ganz besondere Aufmerksamkeit hat das Unterrichtsministerium der körperlichen Eräftigung der Schulsjugend zugewendet, der Turnunterricht wird weit mehr als früher gepflegt, Abschlussprüfungen im Turnen sind zunächst versuchsweise an einer großen Reihe von Schulen eingeführt worden; wir haben allwöchentliche Spielnachmittage und allmonatliche volle Wandertage auf allen Schulen durchgeführt.

Bon dem Gedanken, Schüler und Lehrer einander näherzubringen, den Lehrer aus einem Vorgesetzten des Schülers zu seinem Freund, Führer und Berater zu machen, war auch die Einrichtung der Schulgemeinden auf den oberen Klassen unserer höheren Lehranstalten diktiert.

Die körperliche Eräftigung in den Schulen ist durch Erlässe und dauernde Belehrung der Lehrerschaft auf ein Mindestmaß eingeschränkt worden. In absehbarer Zeit dürfte der Stoc aus unseren Schulen vollständig verschwunden sein.

Was die vielumstrittene Frage des Zölibats der Lehrerinnen angeht, so wurde verfügt, daß die bekante Eheklause künftig in keinen mit Lehrerinnen zu schließenden Vertrag mehr aufgenommen werden darf.

Auf dem Wege der kollegialen Schulleitung sind wir ein paar tüchtige Schritte vorwärts gekommen. Schon seit dem Jahre 1919 ist das Rektorat seines alten autoritären Charakters entkleidet worden. Mit versuchsweise zunächst in den Bezirken Wiesbaden, Hannover und Düsseldorf eingeführten neuen Dienstverordnungen sind wir auf diesem Wege noch weiter kräftig vorangeschritten.

Durch die Einrichtung der Elternbeiräte ist eine innige Erziehungsgemeinschaft zwischen Schule und Haus angebahnt worden. Auch diese Einrichtung setzt sich anfänglichen Schwierigkeiten zum Trost nunmehr auf der ganzen Linie durch.

Im derselben Linie liegt die versuchsweise Einführung des Elternrechts, mit Zustimmung des Lehrers dem Unterricht beizuwohnen. Gewiß: es ist dies ein gewagter Versuch. Aber wer nicht wagt, gewinnt auch nicht. Und ich bekenne mich gern zu dem Grundsatz, daß man gerade auch in kulturpolitischen Dingen den Mut zum Experiment haben muß.

Neue Geschichtslehrbücher sind, zunächst für die Geschichte des 19. Jahrhunderts, von bewährten Fachleuten ausgearbeitet worden und sollen so bald wie möglich allgemein eingeführt werden.

Gern würde ich des Näheren auch noch über die grundlegenden Reformen auf dem Gebiete des Theaterwesens und der volkstümlichen Musikpflege berichten. Aber der Raum erlaubt es nicht. Deshalb nur soviel: Die Bearbeitung dieser wichtigen Gebiete liegt im Ministerium in den Händen besonders tüchtiger Sozialisten. Hervorragende Bühnenleiter sind an die Spitze der staatlichen Theater berufen worden (Schillings und Jehner in Berlin; Hagemann in Wiesbaden). Pflügers wurde nach Berlin gezogen, die Hochschule für Musik wurde von Grund aus reorganisiert (Schreier, Busoni). Mit den Freien Volks-

Abrüstung und Schiedsgericht.

New York, 18. Januar. (Holländisch Neuwsbureau.) Aus Macdon wird gemeldet, daß Senator Harding bald nach seinem Amtsantritt die nächste Aufforderung wird, Vertreter zu einer vermutlich in Washington stattfindenden Konferenz zu entsenden, auf der die Einschränkung der Bewaffnung und die Gründung eines Schiedsgerichtshofes besprochen werden soll.

Gleichzeitig sind Anzeichen dafür vorhanden, daß auch Japan an eine Einschränkung der Bewaffnung denkt. Premierminister Okuma erklärte in einer Unterredung, die amerikanischen Vorschläge bezüglich eines Marineabkommens zwischen Japan, England und den Vereinigten Staaten seien ein herabder Beweils dafür, daß Amerika die Ausgaben für die nationale Verteidigung einzuschränken wünsche.

Kußenminister Aßhli erklärte einem Vertreter der „New York World“, daß Japan eine Allianz Amerikas für die Entlassung befreit werden, dadurch würde es aus diesem Konkurrenzkampf befreit werden, und es würde ihm möglich sein, eine friedliche Entwicklung anzubahnen.

London, 19. Januar. (Holländisch Neuwsbureau.) Die „Times“ meldet, daß bei Zusammentritt des japanischen Parlaments die Regierung sowohl im Oberhaus als auch im Unterhaus über die Abrüstung interpelliert werden würde. Auch die Frage des allgemeinen Wählrechts werde in der nächsten Parlaments Sitzung eine große Rolle spielen.

Die Pariser Konferenz.

London, 18. Januar. (Havas durch WTB.) Reuters erfährt aus zuverlässiger Quelle, es sei wahrscheinlich, daß auf der Pariser Konferenz auch andere Fragen als die Entlassung Deutschlands, die Frage der Reparationen und der Vertrag von Secres in

bühnen wurde ein Verhältnis ständigen und engen Zusammenarbeitens hergestellt. Auch auf dem Gebiet der bildenden Kunst wird tüchtige Reformarbeit geleistet; Männer modernen Geistes sind in Berlin und in Lönbe zur Mitarbeit herangezogen worden.

Für das so überaus bedeutungsvolle Volkshochschulwesen wurde im Ministerium ein eigenes Referat eingerichtet, in dem neben anderen tüchtigen Kräften gleichfalls ein sehr bewährter Sozialist tätig ist. Was an zukunfts-trächtiger Arbeit auf dem Gebiete des Volkshochschulwesens im einzelnen geleistet worden ist, das auch nur anzudeuten, fehlt hier leider der Raum.

Schließlich erinnere ich an die umfassenden Arbeiten zu einer einheitlichen deutschen Hochschulreform, in denen wir mitten drin stehen. Insbesondere soll das Berufswesen auf andere Grundlage gestellt und von allen lokalen Klügelneinflüssen, die sich gelegentlich bemerkbar machen, befreit werden, die Stellung der Extraordinarien und der Privatdozenten wird gehoben. Gewiß ist es richtig, daß die große Mehrzahl unserer Hochschullehrer sich innerlich noch nicht mit der neuen Ordnung der Dinge ausgeföhnt hat. Aber auch hier hat das letzte Jahr infolge zäher und geduldiger Arbeit doch eine wesentliche Besserung gebracht. Sozialisten sind, soweit sie sich ihren bürgerlichen Kollegen ebenbürtig waren, in nicht unbeträchtlicher Anzahl zu Hochschullehrern berufen worden. Allein aus den beiden mit unterstehenden Berliner Hochschulen, der Universität und der Technischen Hochschule, nenne ich die zu Professoren ernannten organisierten Parteigenossen Heinrich Cunow, Paul Lensch, August Müller, Dr. Grotjahn, Dr. Conrad Schmidt und Dr. Chajes. Vielleicht ist es noch der eine oder der andere mehr, der mir im Augenblick nicht einfällt. Dazu kommen noch einige unabhängige oder den Unabhängigen nahe-stehende Hochschullehrer. Mit der zum 1. April in Kraft tretenden Altersgrenze wird die Möglichkeit geboten, sowohl den Hochschulen wie auch der eigentlichen Schulverwaltung noch weit mehr als bisher frisches Blut zuzuföhren.

Der katastrophalen Notlage der deutschen Wissenschaft und ihrer Diener wurde vom Minister die ernsteste Aufmerksamkeit geschenkt. Mit Untersttung des Reiches wurde die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft gegründet — eine Notgemeinschaft der deutschen Kunst ist in Vorbereitung.

Ein neues Studentenrecht ist geschaffen worden, das zum ersten Male die Studentenschaft als solche in den Gesamtorganismus der Hochschule eingliedert und ihr ein weitgehendes Mitbestimmungsrecht gibt. Von den Studierenden aller Richtungen wurde der damit erzielte große Fortschritt freudig anerkannt.

Der Ausföhmung zwischen den proletarischen Kopparbeitern (das sind heute zum großen Teil unsere Studenten!) und den proletarischen Handarbeitern hat in diesen zwei Jahren die ganz besondere Aufmerksamkeit des Unterrichtsministeriums gegolten. Gerade diese Arbeit hat zwar mancherlei Enttäuschungen gebracht, ist schließlich aber doch nicht ganz ohne Erfolg geblieben. Ich habe mich neuerdings bei den Besuchen mehrerer Hochschulen davon zu meiner Freude selbst überzeugen können. In der Linie dieser Politik der Verständigung zwischen Hand- und Kopparbeitern liegt auch mein bekannter Brief an den Vorsitzenden der deutschen Studentenschaft, in dem ich gewisse sehr schroffe Wendungen über die Marburger Zeitfreiwilligen, die ich im Sommer gebraucht hatte, zurücknehme. Ich weiß und verstehe, daß dieser Brief in den Reihen der Parteigenossen viel Befremden erregt hat. Ich bitte darum, zum Schluß auch darüber noch ein ganz offenes Wort sagen zu dürfen: Wie ich als Mensch und Sozialist über das Furchtbare denke, das sich im Frhjahrsnebel des verflossenen Jahres zwischen Rechterstedt und Bad Thal abgespielt hat, wie ich als Mensch und Sozialist auch über den Kasseler Freispruch denke, steht nicht zur De-

batte. Als Staatsminister und insbesondere als Mitglied einer Koalitionsregierung muß ich mich mit der Tatsache abfinden, daß in zwei Instanzen, zuletzt von einem Schwurgericht, die Marburger Studenten von der Anklage des Mordes freigesprochen worden sind, und daß das zweite Urteil nunmehr rechtskräftig geworden ist. Dem Parlament lagen zwei Interpellationen der Rechten vor, die das Staatsministerium zu einer formellen Desavouierung des Unterrichtsministers aufforderten. Dieser durchaus im Bereich der Möglichkeit liegenden Desavouierung hätte ich mich persönlich natürlich aussetzen können, ich mußte aber die politischen Folgen bedenken, die daraus entstehen konnten, vielleicht entstehen mußten, und die möglicherweise mitten im Wahlkampf zu einer auch für die Partei keineswegs erwünschten politischen Krise geföhrt hätten.

Aber ganz abgesehen von taktischen und politischen Notwendigkeiten: Ich mußte und muß mit der Tatsache rechnen, daß auch weite Studentenkreise, die an sich jede Gemein-schaft mit den Taten der Marburger Zeitfreiwilligen ablehnen, in meinen Aeuerungen über diese nun einmal — wenn auch völlig unberechtigterweise — eine schwere Kränkung der gesamten deutschen Studenten sehen, und daß diese Aeuerungen, wie ich vielfach wahrzunehmen Gelegenheit hatte, der im Interesse von Land und Volk unbedingt gebotenen Verständigung zwischen Hand- und Kopparbeitern hindernd im Wege standen. Im Interesse der Sache, die höher steht als alles persönliche Prestige, war ich verpflichtet, dieses Hindernis unter allen Umständen aus dem Wege zu räumen, selbst auf die Gefahr hin, mich damit Mißdeutungen bei den eigenen Parteigenossen auszusetzen. Es schändet einen Mann nicht, wenn er Worte zurücknimmt, deren schädliche Wirkungen ihm offenbar geworden sind. Man verwechselt nicht sachliche Festigkeit und persönlichen Eigensinn. Dieser war in politischen Dingen noch nie ein guter Berater.

Der Anbahnung einer Verständigung zwischen Hand- und Kopparbeitern, der Anbahnung jenes Bündnisses zwischen der Wissenschaft und den Arbeitern, von dem schon Ferdinand Lassalle das Heil der deutschen Zukunft erwartete, dient, um auch das schließlich noch zu sagen, nachdem schon im Sommer 1919 die stark demokratisch betonte neue Universität Köln und im Herbst 1920 die Berliner Hochschule für Politik ins Leben gerufen war, nicht zum wenigsten auch die Arbeiterakademie in Frankfurt, die wir dort am 8. dieses Monats aus der Taufe gehoben haben. Es ist mir ein Bedürfnis, zu sagen, daß das Hauptverdienst an dem Zustandekommen dieser Akademie keineswegs mir, sondern dem Genossen Lüdemann, unserem Finanzminister, gebührt. Auf anderem Wege sollen ähnliche Ziele erreicht werden durch die Ausbildungslaufbahn für Arbeiter, die wir an der Universität Münster ins Leben gerufen haben, und um den Förderung sich vor allem der in der Hochschulabteilung meines Ministeriums tätige Genosse Richard Wolbort verdient macht.

Alles in allem: zu wenig ich mit dem Erreichten, von dem ich hier nur einiges Wenige herausgreifen konnte, zufrieden bin — gute Ansätze und Anfänge zu einer von neuem Geist getragenen und von neuem Willen befehlten Kulturpolitik sind in diesen zwei Jahren in Preußen immerhin gemacht worden. Das mögen unsere Genossen auch im Wahlkampf dem preußischen Volke immer von neuem vor Augen föhren. Mögen die Wahlen so ausfallen, daß nach dem 20. Februar auf diesen Grundlagen mit frischem Mut und neuer Kraft weitergebaut werden kann!

Reichskonferenz der Kriegsbeschädigten. Zu unserem Bericht in der Morgenausgabe vom 18. Januar 1921 teilt der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegserbinterblichen mit, daß es im letzten Abjah nicht helfen muß, daß die Kriegserrente gegenwärtig pro Jahr 1500 M. beträgt, sondern daß Elternrente erst dann gewährt wird, wenn die Kriegserbinter weniger als 1500 M. steuerpflichtiges Jahreseinkommen haben. Der Reichsbund verlangt eine erhebliche Herauffehung dieser Einkommensgrenze.

Arbeit. Bewhnt wurde nur einiges, wenn die reine Natur die Erfahrung der Schauspielerei durchbrach.

Beinahe wie jugendlich Liebende reiben die Gatten, die sich auf dem Scheiterhaufen wiederfinden, die Köpfe aneinander. Er den verwüsteten Suferkopf gegen ihr Frauenhaupt, das noch vielerlei Kinnut birgt. Auf der Zwergenbhne wurde diese sarge Lieblichkeit ein Ausdruck von nachhaltiger Sinnbildlichkeit. Für Kommer- und Slepiele kann die Bühne nicht klein, nicht einfach genug sein, das meinte man in diesem Augenblick.

Man sehe den Schauspielerei ab, der Elfenrichter und zugleich Opfer dieser Familientragde ist. Der Künstler erugt nach zu arg mit der Materie seines offenbar ungeschmeidigen Kompatentums. Max Hochdorf.

Politische Diebenderei. Mit der „Kunst der politischen Rede“, die in Deutschland bisher noch so wenig entwickelt ist, beschäftigt sich ein belehrendes und unterhaltendes Buch, das Gustav Herrmann in zwei Bnden der bei Durr u. Weber in Leipzig erscheinenden Zeitschrift herausgegeben hat. Dort erfahren wir auch allerlei über die Vorfahren unserer wortreichen Parlamentarier. Der erste politische Diebenderei, über dessen Leistungen wir genauer unterrichtet sind, war wohl Cicero. „Seine Ansprachen“, sagt Herrmann, „sind oft von endloser Länge, drehen sich im Kreise, knüpfen den Faden zuzunehmend am gleichen Punkte an. Gelesen die durch ebernen Wurf wirkende Zusammenfassung einer demosthenischen Rede erinnert die ciceronianische an den oströmischen Brief, in dem es heißt: „Lieber Freund! Da ich heute keine Zeit habe, Dir einen kurzen Brief zu schreiben, so schreibe ich Dir einen langen.“ Zur geistlichen Verdichtung, wie sie ein knapper, schlagender Brief oder gesprochener Rede verlangt, gehört neben der Kraft zur Sammlung — Zeit. Cicero hatte oft keine. Deshalb „schreit“ er bisweilen und gerät ins Uferlose.“ Die moderne parlamentarische Beredsamkeit und mit ihr als ansehend notwendige Vorseiterdichtung die Diebenderei hat sich zuerst in England entwickelt. Die Rederei, die hier den Volkserntern schon früh gemhet wurde, nennt Bentworth 1576 „die einzige Heilsoe für die Wunden des Gemeinwelsens.“ Die Kunst der Rede, die im englischen Parlament im 17. und 18. Jahrhundert so hoch auszubildet ist, machte aber selbst die Diebenderei erdrglich. Es gab keine große oratorische Leistung der berühmten Redner Pitt, Chatham oder Fox, die nicht wenigstens 6—8 Stunden dauerte, und eine der gelehrtesten Reden, die beispiellosen Erfolg hatte, die Rede Sheridans gegen Hastings dauerte geschlachten vier Tage. Wahre Oratorien feierte die politische Beredsamkeit während der französischen Revolution, und besonders gefrdet waren die stundenlangen theoretischen Auseinandersetzungen, in denen Robespierre sprach. Von dem ersten deutschen Parlament im Jahre 1848 hat man gefagt, daß es schließlich in ungeheuren Redenanden „versankel“ sei. Noch deutlicher drückte sich der Krst Gismontski aus, wenn er von dem Frankfurter Parlament erklärte: „Wir leiden an der Munddiarrhoe und dem Antragsstber; jetzt hat sich auch noch das Interpellationsfieber eingestellt.“ Jedenfalls beweist die Geschichte der politischen Rederei, daß es nur wenigen Beredsamkeiten und hervorragenden Rednern berdramatisch ist, mit Erfolg lange Reden zu halten. Für den Durchschnittsredner gilt das prächtige

Noch kein Abstimmungsdatum!

Oppeln, 19. Januar. (WZ.) Von interallierter Seite wird mitgeteilt, daß eine Verlängerung der Fristen, die im Abstimmungsreglement vorgegeben sind, nicht zu erwarten ist. Das vorgeschlagene Abstimmungsreglement sei unabänderlich. Ebenso ist unzutreffend, daß die Abstimmung am 13. März stattfinden soll. Der Botschafter wird den Termin festsetzen. Dieser werde von Oppeln aus bekanntgegeben, ehe die französische Presse ihn erhalte.

Ein Zement.

Deutschn, 18. Januar. (WZ.) Zu der Zeitungsmeinung, daß zwischen dem französischen Oberkommando der Interalliierten Kommission und der polnischen Heeresleitung ein Operationsplan für den Fall eines polnischen Einmarsches in Oberschlesien ausgearbeitet sei, wird von interallierter Seite erklärt, daß diese Nachricht völlig unrichtig sei; es seien Schritte eingeleitet, um den Urheber dieser Nachricht zu ermitteln.

Die polnische Regierung bestreitet, daß sie an der Grenze Deutschlands Angriffsstruppen konzentriere; es handle sich nur um die Zurckföhren der Truppen in ihre Abrstungsstationen. Die deutschen Einzelangaben werden für unwahr erklärt.

Deutschland wird beschuldigt, Unruhen in Oberschlesien anzuzetteln, und es wird behauptet, die Entente-Kommission habe im September auf deutscher Seite 5974 Karabiner, 929 Revolver, 40 Maschinengewehre, 135 000 Patronen, 123 Handgranaten, und vieles andere beschlagnahmt.

Interpellation im Reichstag.

Folgende auch von unseren Genossen unterschriebene Interpellation ist eingebracht worden:

„Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um die Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit in Oberschlesien herbeizuföhren, der durch die Ansammlung polnischer Truppen an der oberschlesischen Grenze geschaffenen Gefahr zu begegnen, und die in dem Abstimmungsreglement für Oberschlesien enthaltene Benachteiligung der deutschen Stimmberechtigten zu beseitigen?“

Das Blutbad von Carlsegen.

WZ. meldet: Am Sonntag gegen 6 Uhr abends erschien in der Fleischerei von Boguska eine Bande von 25—30 Mann. Fünf Mann drangen in das Haus und verlangten von der Frau Wurst. Vor der Fleischerei wurde eine Hochzeitsföhre angehalten und der Kutcher aufgefordert, den Raub aus der Fleischerei zu beschaffen. Als er dies verweigerte, wurde er auf dem Boden erschossen. Währenddessen hielt in dem Hause der Banditenföhrer der im Kreise von sechs Kindern stehenden Frau, die zudem einen Säugling auf dem Arme hielt, einen Revolver vor die Stirn und forderte Geld. Die Frau brachte es im Betrage von 20 000 Mark. Als sie rief, sie tenne den Banditen, wurde sie durch drei Schüsse erschossen. Ihr Mann holte drei Apo-Beamtinnen und Zivillisten. Der Wachmeister Ogord, Vater von drei unmündigen Kindern, wurde erschossen, als er den Boden betrat. Dasselbe Schicksal ereilte den Grubenarbeiter Betonel. Die Banditen erschloen hierauf ein wahnsinniges Feuer aus Pistolen und mit Handgranaten, wobei noch vier Personen zum Teil schwer verletzt wurden. An dem Auskommen von zwei Personen wird gezweifelt. Der Bräutigam erhielt einen Schuß durch den Hals und starb. Die Banditen sind trotz Verfolgung entkommen.

Die tägliche Schlacht.

Kattowit, 18. Januar. (WZ.) Geestern abend wurde in einem Gasthause in Boguska ein Abstimmungsparlament von Genossen entworfen. Als er sich mit anderen Beamten in das Haus eines Verbrechens in der Kaiserin-Augusta-Straße begab, wurde auf die Beamten Handgranaten- und Pistolenfeuer eröffnet. Sie mußten den Platz räumen und erhielten Verletzungen, die das Haus umstellten. Hierauf sammelte sich eine große Menge von Zivilpersonen an und eröffnete ein regelrechtes, stundenlang andauerndes Feuer, bis abermals Verstärkung aus Kattowit eintraf. Die beiderseitigen Verluste sind noch nicht bekannt. Gegenwärtig werden Hausdurchsuchungen vorgenommen.

Helft uns!

Von oberschlesischen Parteifreunden geht uns folgender Aufruf zu:

Genossen! In wenigen Wochen werden über Oberschlesien die Würfel fallen. Einfach und nüchtern gilt es zu prüfen, welchem Staate der Oberschlesier seine Stimme geben soll. Dem Ernst der Stunde Rechnung tragend, darf man die Fehler der alten Re-

gierung nicht auf, mach's Maul auf, hr bald auf!“ Herr-Reden zu halten. Für den Durchschnittsredner gilt allgemein das „Leitwort“, die goldenen Regeln zusammenfassen, die für jeden politischen Redner zu gelten haben; er warnt dabei vor den „Treppen- und Schachtelreden“, die jede Wirkung vernichten, er fordert klare Disposition, kurze Zusammenfassung der Hauptgedanken.

Die Stellung des Reichskunstwart. Zu den Beratungen im Hauptausu des Reichstags, in denen der deutsch-nationale Abg. Schulz-Bromberg einen Vorstoß gegen den Reichskunstwart unternahm, wird uns geschrieben: Man weiß, daß die Stelle des Reichskunstwarts seit ihrer Begründung aufs bestmögliche besetzt wird. Da ist auf der einen Seite der Widerstand der Behörden selbst, denen nun hier jemand einersort einzuordnen wurde, der so etwas wie das künstlerische Gewissen der Reichsregierung sein soll. Und niemand bekommt gern Gemwensbeurteilung, besonders nicht die Geheimräte und anderen Bureaokraten. Gegen den ganzen, immer schwerfälliger werdenden Apparat eines künstlerischen Angelegenheiten durchzugehen, erfordert eine Kraft, wie sie nur ein so temperamentovoller Mann wie der Reichskunstwart ausföhren mag. Nicht minder scharf ist aber die Opposition gegen ihn innerhalb der Künstler selbst. Schon als Kunst-Kritiker und dann als Museumsdirektor hat sich Rebschall als ein junger Kunst-einseher für den Qualittsgehalt des Werkbundes — Grund genug, daß nun die älteren Künstler gegen ihn antworten. Früher hat immer die ganze Knstlerwelt eine energische Verurteilung künstlerischer Ideen in der Reichsverwaltung gefordert. Jetzt ist da nun einer, der so ungeschwrtlich wie möglich mit einer Flle von Ideen für die Künstler Bedrfnismglichkeiten vermittelt. Und da ist es den vielen wieder nicht recht, daß der Reichskunstwart einen persönlichen Geschmack hat. Die Knstlerwelt hätte allen Grund, sich hinter die Werturteils-Bestrebungen des Reichskunstwarts tftlich zu stellen.

Die Wiederherstellung des internationalen wissenschaftlichen Verkehrs zwischen den am Kriege beteiligten Völkern erhhrt der schwedische Forscher Montelius von der Hilfe der Reutrofen. Sie sollen einen Vertrauensmann wählen und dann die Verbindungen wiederherstellen. Montelius erklärt sich bereit, das Amt des Vermittlers zu übernehmen. Er sieht nach der „Umschau“ der Zukunft optimistisch entgegen.

Stndungen Rosenbergs (Realisten und Liberale) werden am 22. und 23. Januar abends im Carlottenburger Schlosaal (Wilmersdorfer Straße) gehalten.

Einen Vortrag zum Kampf gegen die Schundliteratur hielt am 2. bis 3. Februar im Saal 329 des Berliner Stadthauses der Verband deutscher Volkshochschulvereinigungen; die Teilnehmergebhre betrug 25 Pf.

Ein Aufruf zur Sammlung von Tdel- und afrikanischen Vntilen wird mit einem der Sommer- und Wache in der Carlottenburger Straße (Wilmersdorfer Straße 113) gezeit.

Zum Ehrenmitglied der Vntilen-Gesellschaft für soziale Biologie wurde Dr. Wagnus Göttlich ernannt.

Die Kattowitzer-Zeitung (Anzeiger) meldete den Universitäten in Wien, Innsbruck, Graz, Lubbeck und Bonn zusammen 100 000 Mark zugunsten des Kattowitzer und Unionsvereins.

„Totentanz“ auf der Zwergenbhne.

Für das winzige Theater der „Tribüne“, das keine berechneten Kassenvertrge, hat Max Reichstein eine sinnbildliche Bühne entworfen, die zur Stätte der Strindberg'schen Tanzquale dient. Wenn der Vorhang an den sichtbaren Schnüren aufrhrt, steht ein Panzerkammer vor den Augen, der bis in die Sohlende hinaufreicht. Da das Metall des Turmes sehr riesig ist, erdrückt der Turm den Raum und er wird zur Nacht wiederum von dem Raume zerquetscht. Dann ffnen sich mhlsam die eisernen Schemelstbe, und es ist, als wenn sich ein schwerer, gitterter Gefängnis aufst, dessen Menschen bald ihre Marten zeigen werden. Bei Reinhardt ist der Wohnraum des Festungskapitns ausgedehnt und luftig, er ist in der „Tribüne“ eng, und er duftet nach Ruffigkeit. Die Türen, die Bnde, die Rssel sthen sich. Die Menschen in dieser Gefängniszelle müssen sich auch mit Heftigkeit weh tun, sobald sie aufeinanderrennen.

Wirklich, die Habsittung der Strindberg'schen Tragde wird auf der Zwergenbhne stärker zusammengebaut als in der Bhnenhalle. Es ergeben sich von selbst Regieeinflsse, die den Beobachter überfallen. Der Gatte und die Gattin, diese begeisterten Selbstquale, werden schon durch den Raum zusammengebunden. Erheben sie sich nun einige Schritte, um der Erregung Luft zu schaffen, so müssen sie hintereinander herfallen, indem eines an das andere geklebt bleibt. Die bildliche Brücke zwischen ihnen bricht niemals ab. Was ihr Inneres zusammenföhrt, — es erscheint stärker auf der Zwergenbhne. Das Hndekrampfchen des Ohnmächtigen, der durch Wunder vom Tode wieder aufersteht, wird nicht vom Raume verschluckt. Das Juden am Mundwinkel, Falten in der Stirn, die ganze Gestalt der Gezeichneten gewinnt eine Schrfe, als wenn alles unter das Mikroskop gerückt wäre. Die Zwergenbhne ist hier einmal gerechtfertigt. Die Virtuosenbhne hat diese Rechtfertigung niemals noch erweisen.

Albert Steinrück spielt den Festungskommandanten nicht Herisch kühlt, nicht so zerföhrend und weniger berfekernd als Paul Wegener. Es leben in ihm ein Wahnsinn, ein Leid, eine Bosheit und ein Habschndertum, das trotz aller Lobhudelei noch von einiger Me verflrt wird. Die Mittel des Bildlichen werden nicht so mild verschwendet wie bei Wegener. Der Säufer, der im „Deutschen Theater“ das Gerät seiner Trunkucht abklopft, zerfhrt eine ganze Batterie von Flaschen und Gläsern. Nur die eine, den gefährlichen Dunst entziehende Whiskyflasche, wird in der „Tribüne“ zerfhrt. Auch das ist Andeutungstheater. Die Einbildung des Menschen braucht doch nur einen gerinen Stoß durch die Sache, wenn die lebendige Menschkraft ausreicht. Für diese Erkenntnis lieferte der „Tribünen“-Abend wichtige Aufklärungen.

Obwohl ein Schatten auf dem beherrschten Virtuosittum der Frau Durieux lag, — wo ist die Grenze zwischen dem Weib und der gefährlichen Bestie? Die Grenze vermischt sich. Das Schmelzende möchte aufgehen, das die Töne, das auch die Klarheit und die Einseitigkeit und die Fernsichtungsstne ineinanderfhrt. Die Künstlerin legte aber von Anfang an zuviel Hundewohlfahrt in ihre Rolle und eine berhhliche Gespanntheit, die dann keine Steigerung mehr erlaubte. Das hohe Virtuosittum verfolgte in der Klein-

gerungsform nicht aufzuheben. Es ist keine Zeit mehr zu streiten. Die Abimmungsbeschlüsse sind und bleiben ein Hohn für die Demokratie der Westmächte, in denen man eine Karenzzeit von 10 Jahren für die aus dem Reich nach Oberschlesien zugezogenen Bewohner geschaffen hat, die an dem Aufstieg und an der heutigen Bedeutung Oberschlesiens mitgearbeitet haben. Groß ist der Nachgeschmack des diktierten Siegers, der einer hungernden Menschheit Europas die langgeheute Verbesserung bringen sollte. Eine gewaltige Zahl geborener Oberschlesier hat die Heimat verlassen, um einen lohnenden Erwerb im Reich zu finden. Brüder und Schwestern haben sich fern von uns eine neue Heimat geschaffen. Die Städte jedoch, die ihn geboren hat, wird wohl keiner vergessen. Der Abimmungsstag ist ein Merkmal im Leben jedes Menschen, wenn es um seine eigene Zukunft und die der Seinen geht. Oberschlesien, das frühere Steinfeld, ist jetzt zum Brennpunkt der alten Welt geworden. Da müssen die im Reich wohnenden Oberschlesier erkennen, welche Bedeutung die Heimat für sie hat. Ein Verlust bedeutet Einstellung und Zerfall von Industrie und Glanz für die arbeitenden Klassen. Tausende von Arbeitslosen werden hinzukommen und das Elend wird größer. Das im Aufstieg Begriffene und was bisher erreicht worden ist, wird vernichtet. Die Verantwortung der im Reich wohnenden Oberschlesier wird darum doppelt groß für das Volksganze. Nicht ein Diktat von starren Paragraphen darf über ein Volksschicksal triumphieren und die schaffenden Arbeiter in eine wenig vorgeschrittene Kultur zurückweisen.

Darum, Oberschlesier im Reich, rüf'et zur Fahrt in die alte Heimat, die Euch geboren hat! Man hat Euch zum Kampf gefordert. „Einer für alle, alle für einen.“ Ohne Opfer keinen Lohn, keinen Sieg. Die Heimat ruft, die ganze Welt schaut auf Euch. Treu sein heißt dem Unterdrückten helfen!

Zuchthausurteil gegen Landarbeiter.

Aus Grefswald wird uns geschrieben: Unschlüssig des letzten Landarbeiterstreiks in Vorpommern im November vorigen Jahres kam es in Derselow zu einer Auseinandersetzung zwischen einer Streikpatrouille und dem Gutspächter Gudopp. Diese Auseinandersetzung führte zu Tätlichkeiten gegen Gudopp und Sohn, ohne für diese erhebliche Folgen nach sich zu ziehen.

Am 12. Januar standen nun vier Landarbeiter vor dem Schwurgericht in Grefswald. Den Vorsitz führte der bekannte Landgerichtsdirektor Brämann. Auf der Beschwerenenbank saßen außer einem einzigen Wirtschaftstatthalter nur Angehörige der „besseren Stände“, darunter ein Domänenpächter, ein Gutspächter, ein Administrator und ein Hofbesitzer. Das Urteil lautete gegen zwei der Angeklagten auf je 8 Monate Gefängnis, gegen die anderen beiden auf je ein Jahr Zuchthaus! Dieses ungeheuerliche Urteil, das natürlich angefochten werden wird, erregt in Vorpommern das größte Aufsehen, obgleich man nachgerade vom Landgericht Grefswald allseits gewohnt ist. Ohne Zweifel wird sich die öffentliche Meinung mit diesem Urteil und seiner Vorgeschichte eingehend beschäftigen.

Zeitungen im Gefängnis.

Aus einer Strafanstalt in Götting geht uns eine beachtenswerte Beschwerde zu, die ein starkes Schlaglicht auf die Strafvollstreckung der bürgerlichen Gerichtsbarkeit wirft.

Das Schreiben teilt zunächst mit, daß seitens der Staatsanwaltschaft beabsichtigt wird, den Gefangenen in gemeinsamer Haft das Lesen von Zeitungen gänzlich zu entziehen und in Einzelhaft ihnen nur solche Zeitungen zu gestatten, die seitens der Direktion der Anstalt besonders vorbehalten werden. Das bedeutet natürlich, daß man versuchen wird, den Gefangenen die sozialistischen Zeitungen zu entziehen und sie einseitig politisch zu beeinflussen. Hiergegen wenden sich die Gefangenen mit aller Entschiedenheit, jedoch besteht keine Aussicht, daß ihr Protest beim Staatsanwalt Erfolg haben oder überhaupt bis zu seinen Ohren dringen wird. Die beabsichtigte Zeitungszensur war seit der Revolution abgeschafft und um so mehr verbittert natürlich ihre neuerliche Einführung. Wie uns in dem Brief weiter mitgeteilt wird, sind 14tägige Arreststrafen bei Verdunkelung der Zelle als Disziplinstrafen für kleine Vergehen an der Tagesordnung.

Es wäre dringend zu wünschen, daß das Preussische Justizministerium in diese Vorgänge einmal gründlich hineinschaute würde.

Schlechte Arbeit.

In unserer Dienstag-Morgenausgabe bezeichnen wir in einer Besprechung des neuen französischen Ministeriums den neuen Kriegsminister Barthou als einen dunklen Punkt, als einen „Reserve-Ersatz“, von dem ein noch schärferer Kurs als bisher zu erwarten sei.

Die „rote Fahne“ erklärt hierzu: „Der „Vorwärts“ sollbarisiert sich hier also offen mit der Orgesch, den Schersch und Kahr (S), und die S.P.D.-Arbeiter werden daraus sehen, was von dem in dem Wahlauftritt ihrer Partei versprochenen Kampfe gegen Reaktion zu halten ist.“

Dabei hatten wir in Wirklichkeit die Regierung ermahnt, nicht dieselben Fehler zu wiederholen, die sie in den letzten Wochen in der Behandlung der Entwaffnungsfrage begangen hatte. Wir schrieben dann wörtlich:

„Es steht heutzutage für das gesamte deutsche Volk wahrhaftig mehr auf dem Spiele, als das Prestige der Leute um Schersch und Kahr.“

Moskau hat zwar den Kommunisten aller Länder die Anweisung gegeben, bei der Bekämpfung ihrer Gegner auch die List und die Lüge anzuwenden, aber wir dachten, daß ein Mindestmaß von Intelligenz dabei vorausgesetzt sei. Wir glauben aber nicht, daß derartig stumpfsinnige Behauptungen und durchsichtige Fälschungen im Sinne der Moskauer Befehle liegen.

Wohnungs- und Siedlungsfragen.

Der Hauptauschuss des Reichstages setzte Mittwoch die Beratung über den Etat des Reichsarbeitsministeriums fort. Die Debatte wendet sich zunächst Wohnungs- und Siedlungsfragen zu, über die Abg. Hoch (Soz.) referiert. Da es sich vielfach um schwierige Sachfragen handelt, überweist der Hauptauschuss eine Reihe von Anträgen bezüglich der Siedlungsordnung dem Wohnungsausschuss. — Abg. Dr. Böhme (Dem.): Die Reichsregierung möge dafür sorgen, daß in Braunschweig die Enteignung der kleinen Landwirte unter 400 Morgen, wie sie gegen die Bestimmungen des Siedlungsgesetzes vorgenommen wird, eingestellt werde und die Domänen zur Siedlung herangezogen würden. Die Ausführungsbestimmungen in Preußen, welche die Pflicht ohne Kaufanwartschaft gleichberechtigt mit dem Erwerb zum Eigentum stellen und die Anliegerziehung gegenüber der Reifmachung in zweite Linie rücken, sind gesetzwidrig. — Abg. Köhner (Z.): Der Rohlenmangel nimmt zu, nur der milde Winter hat uns bisher vor einer Katastrophe behütet. Die uns in der Wiedergutmachung auferlegten Kosten können nur bei einer schnellen wesentlichen Erhöhung der Rohlenförderung gelöst werden. Es wäre angezeit, den Ausschuss von 6 M. pro Tonne auf 12 M. pro Tonne zu erhöhen. — Abg. Numan (Dnat. Ap.) polemisiert gegen die Siedlungspolitik des preussischen Landwirtschaftsministers Braun.

Die verurteilten Monarchisten. Vor kurzem hat sich eine „Preussische Königspartei“ ausgetan. Nun existiert aber schon ein anderer monarchistischer Klub der ehemaligen Rückbeuger mit dem schönen Namen „Bund der Aufrechten“. Folge: In den Haaren liegen sich beide. Der „Bund der Aufrechten“ erklärt gegen die Königspartei eine geharnischte Erklärung, zwischen deren Zeilen zu lesen ist, daß diese Königspartei nur ein Geschäftsunternehmen einiger betriebloser Herren ist. Selbst die „Tägliche Rundschau“ kommt zu dem Schluss, daß die sogenannte Königspartei nichts hinter sich hat. — Armer Wilhelm!

Groß-Berlin

An die falsche Adresse geraten.

Am 18. Januar hatte der 14. Kreis (Neukölln-Brig) eine Wählerversammlung nach dem Schultheiß-Auskant in der Hafenheide einberufen. Unter Berücksichtigung des schlechten Wetters war die Versammlung gut besucht. Auch Frauen waren zahlreich vertreten. Ueber „Sozialdemokratie und Landtagswahlen“ sprachen Genosse Robert Schmidt und darauf, mehr unter Beachtung der Frauenfragen, die Genossin Niedger. Die trefflichen Ausführungen der Referenten wurden von den anwesenden Gegnern von links noch verhältnismäßig ruhig mit angehört. Offenbar fühlten sie sich unseren Genossen gegenüber noch nicht stark genug. Sie begnügten sich daher mit den neuesten Schlagworten, wie „Kasse, Verräter usw.“ Im Laufe des Abends aber erhielten sie noch starken Zugang, wahrscheinlich von einer in der Nachbarschaft liegenden Versammlung der revolutionären Obiente. Trotzdem neben 2 Rednern unserer Partei 3 Kommunisten und 1 Syndikalist in der Diskussion zum Worte gekommen waren, zeigte es sich immer deutlicher, daß ihre Absicht dahin ging, die Versammlung zu sprengen. Der Leitung gelang es wiederholt, diese Absicht zu vereiteln. Als aber ihre drei Redner gesprochen hatten, setzte der Stempel von neuem ein. Nur mit Mühe und Not gelang es unserem Genossen Neumann, seine Rede zu beenden. Als aber unser Genosse Robert Schmidt sein Schlusswort begann, glaubten die Herrschaften sich stark genug, um die Versammlung sprengen zu können. Ein paar mal versuchte Genosse Schmidt zum Worte zu kommen; wiederholt hielt der Vorsitzende den Ständemachern vor, daß sie in der loyalsten Weise behandelt worden, in weitestgehendem Maße zu Worte gekommen seien. Es nützte alles nichts. Einer dieser Leute sprang mitten im Saal auf einen Tisch und fing an, eine Rede zu halten. Um ihn hielt sich ein Haufen von 100 oder mehr dieser Rabaukbrüder. Der Gesang der Internationale wechselte ab mit Hochrufen auf den Kommunismus. Sie hielten sich für die Beherrscher der Situation. Unsere Genossen hielten sich den ganzen Unfug mit einer merkwürdigen Ruhe und Langmut angesehen, als aber nun der Vorsitzende erklären mußte, gegen diesen Stempel sei er machtlos, da sprangen unsere Genossen wie auf Kommando auf und stürzten sich auf den Sprengtrupp der Kommunisten. Trotzdem dieselben sich lebhaft zur Wehr setzten, was sie bei ihrer immerhin großen Zahl ja auch konnten, sahen sie doch in der kürzesten Zeit alle vor der Tür im Schnee. Daß sich unsere Genossen zu dieser Sicherung unserer Versammlungsfreiheit nicht die Glacéhandschuhe anzogen, ist selbstverständlich. Diese Versammlungsfreiheit werden wir uns auch zukünftig sichern, und wollen die Herren wieder mal ein Tänelchen wagen, wir sind bereit.

Hierauf hielt dann Genosse Robert Schmidt sein Schlusswort. In geradezu glänzender Weise rechnete er mit unseren Gegnern ab und zerpflückte die Ausführungen der gegnerischen Diskussionsredner. Das war es ja aber auch, was die Herren Kommunisten befürchtet hatten und meinten sie ihn nicht reden lassen wollten. Aber die waren bei dieser Aktion doch mal an die unrichtige Adresse gekommen.

Posträuber in der Falle.

Eine unangenehme Ueberraschung erlebten in der vergangenen Nacht zwei Posträuber, die es auf einen Landpostwagen abgesehen hatten. Vor einigen Tagen traten zwei Männer an einen Postillon heran, um ihn für die Verabreichung eines Wagens zu gewinnen. Es waren Fleischfresser, die auf ihren Verortsfahrten wiederholt den hochbelasteten Postwagen gesehen hatten, der Westpforte von dem Amt in der Scharnhorststraße nach Wittenau befördert. Der Postillon wies die Verführer zunächst ab. Als diese jedoch nicht abließen, ihn zu drängen, ging er zum Schein auf den Plan ein, unterrichtete aber seine Vorgesetzten. Sehr traf die Kriminalpolizei die erforderlichen Maßnahmen, um die Räuber gleich zu fassen. Zur Ausführung ihres Anlasses hatten die beiden die stürmische Nacht zu heute aussersehen. Kriminalkommissar Trettin ließ den Wagen bei der Abfahrt von der Scharnhorststraße von mehreren Beamten des Raubbezirks besetzen und folgte selbst heimlich in einem Kraftwagen mit anderen Beamten. An der Berliner Straße in Wittenau, in der Nähe der Eisenbahnüberführung, traten die Räuber dem Postwagen entgegen, führten ihn auf das freie Feld und machten sich daran, die Schösser mit Gewalt abzuschießen. Da sprangen zu ihrem Schrecken die Beamten heraus und leuchteten den Verbrechern mit ihren Blendlaternen ins Gesicht. Während einer der beiden gleich ergriffen wurde, gelang es dem anderen, unter dem Wagen hindurch zu entfliehen. Mehrere Beamte verfolgten ihn über das matschige Feld, holten auch, als er auf wiederholten Ruf nicht stehen blieb, hinter ihm her, schlugen ihn aber in der Finsternis. Die anderen Beamten jedoch, die mit dem Auto herangefahren waren, verfolgten ihn weiter und erreichten endlich auch ihn. Die beiden wurden festgenommen als die Ruischer Mireb-Pförtner und Albert Wühl vom Tegeler Weg 45/46 und aus der Reichlinger Straße 7.

Genossenschaft oder Partei?

Wir erhalten folgende Zuschrift: Die unheillose Tätigkeit, welche die unabhängigen-kommunistische Arbeit in der Konsumgenossenschaft Berlin seit zwei Jahren entfaltet, wurde durch einen weiteren „Erfolg“ gekrönt. Die am Montagabend tagende Genossenschaftsratsversammlung, die unter dem üblichen Nebau stattfand und die Wahlen für die verschiedenen Kommissionen der Verwaltung zu tätigen hatte, stand ganz im Zeichen der in den letzten Jahren beliebten Methode. Die einzelnen Kandidaten mußten ihr politisches Glaubensbekenntnis ablegen und wurden gemessenhaft auf ihre „Stabeneinheit“ geprüft. In der Bewegung jahrzehntelang erprobte Genossen wurden nur deshalb nicht gewählt, weil sie bei der S.P.D. organisiert sind; es fanden nur solche Kandidaten vor der Versammlung Gnade, die erst kürzere Zeit in der Bewegung tätig sind, dafür aber U.S.P.D. oder R.P.D. als Firmenschild tragen. Die Abstimmungsergebnisse brachten der Minderheit 100, der Mehrheit circa 150 Stimmen. Diesem Treiben sahen vom Hinterterrass die Lamp, Lange und Mirus schmunzelnd zu. Unsere Genossen werden bei Laase der Dinge eingehend zu prüfen haben, wie lange sie sich noch solche Variatollen gefallen lassen wollen. Bei Unabänderlichkeit dieser zur Schau getragenen Provokationen wird letzten Endes einmal ernstlich zu erwägen sein, ob es noch länger Zweck hat, für diese Partei-genossenschaft weitere kostbare Mühe und Zeit zu opfern.

Eine große amerikanische Spende.

500.000 Ellen Fianell im Werte von ein Millionen Mark und außerdem einige hundert Tonnen Kleidungs-material, zusammen einen Wert von über 20 Millionen

Mark darstellend, sind längst aus Amerika nach Deutschland gesandt worden — zur Verteilung an die notleidende deutsche Bevölkerung. Diese Spende, die Gefühle des heißen Dankes erwecken muß, beweist, daß das amerikanische Hilfswort noch immer im Wachen begriffen ist. Die Spende ist eine Stiftung des Amerikanischen Roten Kreuzes und wohl veranlaßt worden durch die vor kurzem erfolgte Gründung des „European Relief Council“, dem das Amerikanische Rote Kreuz und andere wohltätige Organisationen angehören und dessen Interessen in Deutschland besonders von der „Gesellschaft der Freunde“ (Quäler) vertreten werden.

So bekämpft man die Tuberkulose!

Der Lungenkranke zur Inanspruchnahme einer Heilstätte bewegen will, muß für die Dauer des Anstaltsaufenthalts die Existenz der Angehörigen einigermaßen sichern. Die Landesversicherungsanstalten zahlen zwar Familienunterstützungen, doch kann man von diesen Leistungen sagen, daß sie vielfach zum Sterben zu viel, aber zum Leben zu wenig sind. Ein Lungenkranke, der anderthalb Jahre hindurch gehofft hatte, von der Landesversicherungsanstalt Berlin einmal an eine Lungenheilstätte überwiesen zu werden, mußte schließlich auf diese „Wohltat“ verzichten, weil die Familienunterstützung zu gering ist. Im Sommer 1919 hatte er nach einem Wustkur auf Rat des Arztes seinen Antrag eingereicht, aber der Bescheid ließ auf sich warten. Der Kranke ging, weil Eile nötig schien, auf eigene Kosten in die Heilstätte Belgis, doch mußte er schon nach zwei Monaten wegen Erhöhung des Pflogelages die ihm jetzt zu teuer gewordene Art abbrechen. Inzwischen hatte die Landesversicherungsanstalt seinen Antrag in Bearbeitung genommen und den Kranken ärztlich untersuchen lassen. Dann aber kam der Winter mit seiner Kälte und die Landesversicherungsanstalt schrieb dem Woienden, die Heilstätte Belgis werde geschlossen werden müssen, Aufnahme bis auf weiteres nicht möglich, er solle den Antrag später wiederholen. Das tat er nach mehreren Monaten, und er mußte dann noch verschiedene ärztliche Untersuchungen über sich ergehen lassen, doch ein Bescheid erfolgte immer noch nicht. Endlich im Januar 1921, gelang das kaum noch Erwartete, daß er aufgefördert wurde sich zur Kur nach Belgis zu begeben. Der Mann, der inzwischen eine Arbeitslosigkeit von sechs Monaten durchgemacht hatte, erludigte sich, was aus seiner Familie werden sollte. Bei der Landesversicherungsanstalt erfuhr er, daß die Familienunterstützung für seine Frau und für drei noch schulpflichtige Kinder sich zusammen auf 85 M. pro Woche belaufen werde. Er wußte nicht, ob er das für einen Bis oder für Hohn halten sollte. Die sonstigen Einnahmen der Familie, zu der noch ein 18jähriger Sohn gehört, sind gering. Sie mußten, wenn der Vater nach Belgis ging und nicht mitverdienen konnte, hungern — und beseitigt verhungern. An die Landesversicherungsanstalt hat der Kurbedürftige geschrieben, unter diesen Umständen könne er es nicht mit seinem Gewissen vereinbaren, sich die Art zu beginnen. Die Landesversicherungsanstalt wird den Fall zu den vielen anderen legen, in denen die Bekämpfung der Tuberkulose an der Unzulänglichkeit der Familienunterstützung gescheitert ist. Wäre es nicht Zeit, an eine Erhöhung zu denken?

Für ärztliche Dezerenten in den Bezirksämtern.

In der am 17. Januar stattgefundenen Generalversammlung des Vereins sozialistischer Ärzte ist folgende Resolution einstimmig angenommen worden:

Der Verein sozialistischer Ärzte hält es mit Rücksicht auf die hohe Bedeutung des kommunalen Gesundheitswesens für dringend erforderlich, daß in jedem Bezirk Berlins — mit Ausnahme der sechs Innenbezirke — die Leitung des Gesundheitswesens einem ärztlichen Dezerenten übertragen wird, der vollbeladetes Mitglied des Bezirksrates sein muß.

Der Verein sozialistischer Ärzte richtet deshalb an die sozialistischen Fraktionen der Bezirke die Bitte, sich auf das Entschiedenste dafür einzusetzen, daß in jedem Bezirk einem Arzt als vollbeladeten Mitglied des Bezirksrates die Leitung des öffentlichen Gesundheitswesens und der Vorhitz der Gesundheitsdeputation übertragen wird.

Selbstmord eines Rechtsanwalts.

In seinem Bureau tot aufgefunden wurde gestern in der Brückenstr. 6b der Rechtsanwalt Gustav Eich, der aus Barmen stammt und in der Jagowstr. 8 wohnte. Eich hat sich mit Gas vergiftet, wie aus hinterlassenen Aufzeichnungen hervorgeht, aus Liebeskummer und weil er verschuldet war.

Der 26 Jahre alte Student der Medizin Martin Köhler aus der Gerolmsstr. 7 suchte gestern ein Hotel in der Snaakidenstraße auf und machte dort durch eine Arsenikspritzung seinem Leben ein Ende. Was ihn dazu veranlaßte, ist nicht bekannt.

Das Opfer eines Straßenunfalls ist gestern der 27 Jahre alte Kaufmann Werner Born aus der Königsgraber Str. 98 geworden. Als er vor dem Hause Nr. 100 den Fahrdamm überschreiten wollte, wurde er von einem Straßenbahnwagen angefahren und so schwer verletzt, daß er schon auf dem Wege nach der Rettungswache starb.

Zur Verhaftung des Posthefters Schlawig erklärt der Zentralbetriebsrat beim Reichspostministerium folgendes:

Ein Zentralbetriebsrat besteht nur beim Reichspostministerium zu Berlin.

Der Posthefter Schlawig ist niemals Mitglied des Zentralbetriebsrats gewesen.

Das bereits unlaufende Gerücht von der Verhaftung des gesamten Zentralbetriebsrats beruht auf freier Erfindung.

Anton-Nemec-Versammlung. Der bekannte Führer der tschechischen Sozialdemokratie, Gen. Anton Nemec, befindet sich, wie wir bereits mitteilen, seit einigen Tagen in Berlin. Dem Bezirksverband unserer Partei ist es nun gelungen, den Gen. Nemec, der zu den ältesten Vorkämpfern der Zweiten Internationale gehört, als Redner für eine Versammlung zu gewinnen, die am Freitag, 7 Uhr abends, in den Prachisälen Alt-Berlin, Blumenstr. 10, stattfinden wird. Alle Genossen, denen der Wiederaufbau der Zweiten Internationale am Herzen liegt, besonders auch die in Berlin zahlreichen Landesleute des Gen. Nemec, sind zu dieser Versammlung herzlich eingeladen. — Gen. Nemec wird deutsch sprechen, das er wie seine Muttersprache beherrscht.

Wareck im „Eringer“. Stornmeier Wareck, welcher sich auf seiner Rückreise von Holland befindet, wird den kurzen Aufenthalt in Berlin benutzen, um eine Emulsion-Vorlesung im Schodopier zu geben. Diese findet im Klubheim des Schodopier, „Eringer“, Galt Alexanderplatz-Passage, Alexanderstr. 39/40, am Donnerstag, 20. Januar, statt. Beginn um 7 1/2 Uhr abends. Teilnahme am Erlöse hat bis 7 Uhr zu erfolgen. Es werden 25 Partien gespielt. — Gähle willkommen!

Deutschböhmische und Deutschböhmer. Der österreichisch-deutsche Volksbund veranstaltet heute, Mittwoch, abends 7 Uhr, in Potsdam, Bobbinstraße 16/17, eine Versammlung, in der deutschböhmische Genosse Hugo Schulz über „Die Lage in Böhmen und den Reichstag“, Dr. Rischler über „Die deutschböhmische Frage“ sprechen werden. Eintritt frei.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Morgen, 20. Januar:

Wohlfahrt. Sämtliche Eltern und sozialistischen Lehrer werden zu einer Sitzung am Donnerstag, abends 7 Uhr, bei Herrn, Panitz 80, eingeladen. Referent Genosse Schöter.

Tabakanstalt. Frauenabend abends 7 1/2 Uhr im Maltheater, Kaiser-Wilhelm-Strasse. Genossin Schwenhuber: Deutscherklärung.

Tempelhof. Frauenabend abends 7 1/2 Uhr bei Hufe, Kaiser-Wilhelm-Str. 100. Referent: Genosse Huber.

Friedrichshagen. Frauenabend abends 7 1/2 Uhr bei Otto, Reichs-Ed. Wilhelm-Strasse. Genossin Gollub: Die Frauen und der Sozialismus.

Gewerkschaftsbewegung

Einigung mit Neukölln.

Der Streitfall der Direktion der Neuköllner Stadtbau-Gesellschaft mit der Arbeiterchaft der Firma, der bekanntlich darin bestand, eine Einschränkung des Betriebes vorzunehmen und von den tausend dort beschäftigten Arbeitern etwa die Hälfte zu entlassen, hat in der gestrigen Sitzung des Schlichtungsausschusses von Groß-Berlin durch den Abschluß eines Vergleichs seine vorläufige Erledigung gefunden. Der Vergleich lautet:

1. Die beschwerdeführende Firma verpflichtet sich, an sämtliche Arbeitnehmer bis einschließlich 19. Januar den Lohn für normale Arbeitszeit zu zahlen.
2. Die Parteien erklären sich einverstanden, daß vom 20. Januar ab sämtliche Arbeitnehmer in den auf den 20. Januar folgenden drei Wochen mit verkürzter Arbeitszeit, und zwar 24 Stunden wöchentlich arbeiten.
3. Der beschwerdeführende verpflichtet sich, bis zum Ablauf dieser drei Wochen wegen Arbeitsmangel keine Entlassungen vorzunehmen.
4. Unter Hinzuziehung eines von den Parteien bis zum 22. Januar zu vereinbarenden Sachverständigen sind innerhalb des Betriebes sofort Verhandlungen aufzunehmen über die Rentabilität und Weiterführung des Betriebes. Falls die Parteien sich bis zum 22. Januar über den zu benennenden Sachverständigen nicht einigen können, kann jede Partei den Demobilisierungskommissar um Benennung des Sachverständigen ersuchen.

Die russischen Volksbeglucker.

Zwei der hervorragendsten russischen Gewerkschafter, die Leiter der Organisations- und Tarifabteilung des Allrussischen Zentralgewerkschaftsrats Kassin und Holzmann sind infolge ihrer Differenzen mit der Majorität des Gewerkschaftsrats von ihren Posten zurückgetreten. Sie sind Anhänger des von Trotski vertretenen Standpunkts, wonach die Gewerkschaften im proletarischen Staat lediglich die Rolle von Organen und Schulen der Produktion spielen, ihre Selbstständigkeit aufgeben und mit den entsprechenden Staatsorganen eng verwachsen müssen. Wie der „Ostpreß“ schreibt, haben Sinowjew und Lenin gegen Trotski entschieden Stellung genommen und den Standpunkt vertreten, daß die Gewerkschaften in der gegenwärtigen Uebergangsperiode, wo der Staat kein rein proletarischer, sondern noch ein Arbeiter- und Bauernstaat sei, ihre Unabhängigkeit dem Staate gegenüber wahren müssen, um die Interessen des Proletariats verteidigen zu können. Lenin hatte dabei Trotski allerdings zugegeben, daß diese Aufgabe die Gewerkschaften an der Produktionsförderung hindern könne. Wie aus dem ausführlichen Bericht der „Swetschna“ zu ersehen ist, hat der Streit der drei Sowjetführer sehr scharfe Formen angenommen und gegenseitige Beschuldigung der Weltfremdheit und Verkennung der marxistischen Theorie enthalten. Lenin bezeichnete das Auftreten Trotskis als einen groben proletarischen Fehler und als eine Taktlosigkeit. Aus Sinowjews Worten geht hervor, daß in dieser Frage auch die Meinungen des Zentralkomitees der kommunistischen Partei stark gespalten sind.

Reichsbetriebe und Reichsfinanzministerium.

Das Reichsfinanzministerium hat den reichsregierten Beteiligungsämtern nicht gestattet, die Beamten des Ministeriums mit Bekleidung und Schuhwerk zu beliefern, und baut, angeblich mangels Arbeitsmöglichkeit, die Betriebe ab. Dagegen findet das Reichsfinanzministerium keine Bedenken, in den „Mitteln“ des Reichsfinanzministeriums vom 11. Januar 1921, Nr. 4* den Beamten den Bezug von Anzügen und Wästern von der Volks-Bekleidungsanstalt, Gründung der Firma C. Lewin, Breslau, wärmtens zu empfehlen und ein Musterlager der Gesellschaft im Zentralbureau des Reichsfinanzministeriums zu unterhalten.

Welches Interesse hat das Ministerium an dieser Firma und wie vereinbart sich seine Haltung den Reichsbekleidungsämtern gegenüber mit den Reichsinteressen.

Die Aufgaben des Afa-Bundes.

Mit diesem Thema veranstaltete das hiesige Ortsortsteil des Afa-Bundes Freitag, den 21. v. M., abends 7 Uhr, im Schulheiß-Ausgang, Holtenheide 29-31, eine Versammlung der in Afa-Verbänden organisierten Funktionäre, Betriebsräte, Angestelltenräte und Betriebsobleute. Es soll hierbei auch auf die in der letzten Zeit in den Zeitungen behandelten besonderen Vorgänge innerhalb des Afa-Bundes eingegangen werden. Die Lösung der Aufgaben des Afa-Bundes hängt natürlich völlig von der Festigung seiner Einzelverbände und von deren Verhältnis zueinander wie zur Zentrale ab. Da am 22. Januar die große Vertreterkonferenz des Afa-Bundes hier in Berlin beginnt, werden die in dieser Versammlung zu fassenden Beschlüsse von besonderer Bedeutung auch für die Entscheidungen dieser Konferenz wie auch darüber hinaus für die Weiterarbeit des Afa-Bundes sein. Einzelmitglieder, die nicht Funktionäre sind, oder Interesse an dieser Versammlung haben, finden gegen Vorweis ihres Mitgliedsbuches gleichfalls Einlass. Der Vorstand des Afa-Bundes sowie alle Ortsvereinigungen des Afa-Bundes sind zu dieser Versammlung eingeladen worden, so daß diese Versammlung bestimmt zu einer Klärung innerhalb der Afa-Mitgliedschaften Groß-Berlins beitragen dürfte.

Betriebsräte, Arbeiter- und Angestellten-Räte.

Folgende Industriegruppen der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale haben ihre Versammlungen:

Gruppe 8: Landwirtschaft, Freitag, den 21. Januar, abends 7 Uhr, Gewerkschaftshaus, Saal 3. Gruppe 2: Bauindustrie, Montag, den 24. Januar, abends 6 Uhr, Holz- und Möbelsaal, Kommandantenstr. 57. Gruppe 3: Bekleidungsindustrie, Montag, den 24. Januar, abends 6 Uhr, Blauer Saal, Kommandantenstr. 57. Zutritt nur mit Legitimationen der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale und Mitgliedsbuch der Gewerkschaft.

Streik in der „Scala“. Wir berichteten schon über die Entlassung des Arbeiterrates, der Vertretung der Gastwirtschaftlichen in der „Scala“. Als Antwort darauf legten die gastwirtschaftlichen Angestellten am Sonnabend die Arbeit nieder. Sie werden so lange im Kampfe ausharren, bis ihre Forderung um Wiedereinstellung der Entlassenen und tarifliche Bezahlung bewilligt sind. Am Montag haben sich die Musiker dem Streik angeschlossen. Es besteht die Möglichkeit, daß der Streik auch die übrigen Betriebe erfafte. Es liegt in den Händen der Direktion des Gesamt-Scala-Unternehmens, ob sie sich durch den Nachter Herrn Graff mutwilligerweise Schaden zufügen lassen will. Sollte die Direktion mit Graff gemeinsame Sache machen, müßte sie die Folgen verantworten.

Beendeter Kellnerstreik.

Einer Meldung aus Prag zufolge ist der dortige Kellnerstreik nach dreitägiger Dauer beendet worden.

Verband der Steinleger und Vermisgenossen. Die Ausfaches der Betriebsräte und ablenst sowie der Betriebsräte aller Branchen findet laut am Freitag abends 7 Uhr im „Roggenkornsaal“, Al. Hauptstr. 14. Verbandssaal legitimiert.

Genossenschaft deutscher Bühnenangehöriger. Freitag, den 21. Januar, abends 8 Uhr im „Schulheiß“, Holtenheide 12. Versammlung des Vorstandes bereit nicht engagierter Bühnenmitglieder der Genossenschaft deutscher Bühnenangehöriger. Alle Engagementsliste, auch Mitgliedschaften, sind willkommen.

Apparatur. Betriebsversammlung am Donnerstag nachmittags 3 Uhr bei Lange, Kottbuser Str. 23. Betriebsräte und Funktionäre eine Stunde früher.

Wirtschaft

Die Einführung des Devisenterminhandels.

Auf Einladung des Börsenvorstandes Berlin traten Abgeordnete der Börsenvorstände aus Hamburg, Frankfurt, Köln und Mannheim heute hier wiederum zu einer Beratung der Frage eines amtlichen Terminhandels in ausländischen Zahlungsmitteln zusammen, an der auch Vertreter des Reichswirtschafts-, des Reichsfinanz- und des Reichsjustizministeriums sowie der Reichsbank teilnahmen. Man kam zu dem einstimmigen Beschluß, diesen amtlichen Terminhandel für den 1. April d. J. in Aussicht zu nehmen und in kleinen Kommissionen der beteiligten Börsenvorstände über die Bedingungen, unter welchen der Devisenterminhandel stattfinden soll und die Grundlagen einer hierfür zu errichtenden zentralen Liquidationskammer des näheren zu erörtern und sie möglichst für alle deutschen Börsen gleichmäßig durchzuführen.

Die Versorgung mit Öl als Heizmaterial.

Für die Heizung von Schiffen, für Dieselmotoren usw. wird in letzter Zeit statt Kohle Öl als Heizmaterial verwendet. Nach Angaben des Leiters der größten englischen Ölgesellschaften über die zu erwartende Ölproduktion ist die Weltproduktion von Öl zu Heizzwecken gegenwärtig auf 10 Millionen Tonnen zu schätzen, die sich aber in einigen Jahren wenigstens auf 50 Millionen Tonnen erhöhen soll, wenn nur die bereits aufgeschlossenen Felder in Betracht gezogen werden. Diese Menge entspricht bei Dieselmotoren dem Heizwert von 175 Millionen Tonnen Kohle. Zum Erschließen der Felder bedarf es mehr Zeit wie zu der von Kohlengruben; es müssen Leitungsrohre angelegt, Raffinerien errichtet, Tanks erbaut werden usw. Die Vereinigten Staaten von Amerika und Mexiko versehen 80 bis 85 Proz. des Weltbedarfs. Die Jagd nach den Feldern bildet ein sehr bezeichnendes Kapitel des neuzeitlichen Imperialismus. England und Amerika stehen hier in einem scharfen Gegensatz.

Berliner Maschinenbau A. G. v. m. C. Schwarzkopf. Die außerordentliche Generalversammlung genehmigte die Ausgabe weiterer 12 Millionen Mark Stammaktien und 18 Millionen Mark Vorzugsaktien mit einfachem Stimmrecht. Der Vorsitzende begründete die Beschaffung dieser Mittel mit dem außerordentlich steigenden Umsatz der Gesellschaft und der Notwendigkeit, stets Mittel für die Aufrechterhaltung der Leistungsfähigkeit der Werke bereit zu haben.

Deutschlands Finanzjeld. Die Bankrotwirtschaft, Helferichs. Unter diesem Titel ist im Verlag der „Schwäbischen Tagwacht“, Stuttgart, eine Broschüre des bekannten Steuerpolitikers unserer Partei, Genossen Wilhelm Keil, erschienen. Die Schrift, die zu dem billigen Preise von 1,80 M. erhältlich ist, enthält eine kurze, aber inhaltreiche Darstellung der finanziellen Lage des Reichs in und nach dem Kriege, es schildert die Veruche, die traurige, geradezu wahnwitzige Kriegsfinanzwirtschaft durch Verschleppung wieder gutzumachen, und die Steuerabotage der Reichen. Genosse Keil stellt am Schluß die Forderung nach einer Revision des Vertrags von Versailles erneut in den Vordergrund. Die Schrift ist ein wertvolles Hilfsmittel für den, der sich kurz und treffend über die Finanzpolitik und ihre Grundzüge informieren will.

Verbandswesen. Zu einer Interessengemeinschaft deutscher Sackfabriken mit dem Ziele einheitlicher Festsetzung von Verkaufspreisen und Lieferungsbedingungen, gemeinsamen Einkaufs von Rohstoffen u. a. hat sich der größte Teil der Fabriken dieses Gewerbezweiges zusammengeschlossen. — Der Verband Westdeutscher Dachpappenfabriken in Düsseldorf ist aufgelöst worden. — Sämtliche Sackfabrikanten haben sich zu einer mittelständischen Gemeinschaft unter dem Namen „Interessengemeinschaft Deutscher Sackfabrikanten“ zusammengeschlossen.

Aus aller Welt.

Schweres Schiffsunglück.

Der Kieler Schleppdampfer „Nordstern“, mit zwei leeren Schuten von Rotterdam nach Kiel bestimmt, ist Montagmittag bei schwerem Südweststurm auf Groß-Bogeland vor Cuxhaven gestrandet und total verloren gegangen. Mast und Schornstein ragen noch aus dem Wasser hervor. Hilfe konnte nicht gebracht werden, weil man an das Schiff nicht heran kommen konnte. Von der Besatzung des Schleppdampfers sind der Kapitän und vier Mann ertrunken, nur der 65 Jahre alte Koch, der sich über 18 Stunden am oberen Teil des Schornsteins festgehalten hatte, ist gerettet und durch den Schlepper „Reimerk“ total erschöpft gelandet worden. Von den Schuten ist nur eine geborgen und ein-gebracht worden; über den Verbleib der anderen ist nichts bekannt. ...

Eine Weltreise auf dem Jahrb. Der Schweizer Magister Leuret, der Genf am 1. Januar 1914 verlassen hatte, um eine Reise um die Welt auf dem Jahrbote anzutreten, ist wie N. m. m. in Nizza eingetroffen. Er durchfuhr in 7 Jahren mit seinem Rade Deutschland, Rußland, Sibirien, Japan, Südamerika, die Antillen, Kanada und die Vereinigten Staaten. Er legte täglich durchschnittlich 30 englische Meilen zurück und verbrauchte auf seiner Fahrt 12 Räder.

Veranst. für den beabz. Teil: Dr. Werner Beiser, Charlottenburg; für Bruggen: Dr. Walter Berlin. Verlag: Bornhörs-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermanns-Verlag u. Verlagsanstalt Carl Sauer u. Co., Berlin, Unter den E.

Anzüge, Ulster

30-50% Ermäßigung

Stottern

Dr. Schraders Spezialinstitut

Nachruf.

Robert Meinberg

Verkäufe

Bekleidungsartikel

Verkauf

Bekleidungsartikel

Möbel

Bettstellen, Schränke

Musikinstrumente

Pianos, Klaviers

Rawlino Tabak

einmal versucht immer verlanst.

Für kurze Pfeife

Schlag, roter Streifen 100 gr Mk. 5.—
" lila " " 100 " " 5.50
" grüner " " 100 " " 6.—
" schwarzer " " 50 " " 4.—

Zu haben in den Zigarren-Geschäften.

Hauptvertretung für den Großhandel:
Leo Hirschberg & Co., Frankfurt a. M.
Fernsprecher: Hanna 1799, Hanna 3145.

Musikinstrumente

Pianos, Klaviers

Wahltag

Unter ärztlicher Leitung.

Wahltag

Unter ärztlicher Leitung.

Wahltag

Unter ärztlicher Leitung.

Verschiedenes

Wahltag, Wahltag

Wahltag

Unter ärztlicher Leitung.

Wahltag

Unter ärztlicher Leitung.

Wahltag

Unter ärztlicher Leitung.

Verschiedenes

Wahltag, Wahltag

Verschiedenes

Wahltag, Wahltag